

Um-Frage

Energie wird zum Luxusgut - Strom + 20%, Fernwärme +4% belegt die BBU-Preisdatenbank 2013

Strom ist in Berlin-Brandenburg in den letzten zwei Jahren um ein Fünftel teurer geworden. Hauptgrund: Die Energiewende. „Gegen die Strompreisentwicklung kann auch die weitere Modernisierung von Wohnungen nichts ausrichten“, so Maren Kern, Vorstand beim BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V., bei der Vorstellung dieser und weiterer Ergebnisse der BBU-Preisdatenbank 2013. Ihre Forderung:

Die Auswertungen der Entwicklung der Preise und Tarife von Fernwärme, Erdgas, Strom, Wasser, Müll und Grundsteuern für das Land Brandenburg sowie die deutschen Groß- und Landeshauptstädte für das Jahr 2013 zeigen: „Vor allem der Strompreis hat sich mittlerweile völlig von der Einkommensentwicklung abgekoppelt. Das hat negative Auswirkungen vor allem für untere und mittlere Einkommen“, so Kern. Allein in den zwei Jahren zwischen 2011 und 2013 sei der durchschnittliche Strompreis in Berlin-Brandenburg um gut 20 Prozent gestiegen. Bei einem Verbrauch von 2.500 Kilowattstunden im Jahr entspricht das einer Mehrbelastung um rund 55 Euro (Land Brandenburg) bzw. etwa 52 Euro (Berlin).

Die BBU Preisdatenbank mit allen Details als PDF per [KLICK](#)

Rasante Preissteigerung

Auch im Vorjahresvergleich kletterten die Strompreise rasant: 2013 kostete Strom in Berlin fast 13 Prozent, im Land Brandenburg durchschnittlich sogar rund 14 mehr als zum Vorjahresstichtag. Vergleichsweise moderat waren hingegen die Steigerungen bei anderen vom BBU untersuchten Preispositionen. Allerdings lag auch die Entwicklung der Fernwärme mit gut vier Prozent (Land Brandenburg) bzw. 2,5 Prozent (Berlin) noch oberhalb der allgemeinen Inflationsrate (2,2 %), während sich bei Wasser und Müll praktisch nichts veränderte. Problematisch aus Sicht des BBU: Die Potenziale für energetische Modernisierung sind bei seinen Mitgliedsunternehmen mittlerweile weitgehend ausgeschöpft. Kern: „Weitere Modernisierungen lassen sich bei einem Modernisierungsstand von fast 90 Prozent in Zukunft kaum noch wirtschaftlich durchführen.“ Außerdem hätten energetische Modernisierungen keinen Einfluss auf den Stromverbrauch, wo die Preise aber am schnellsten steigen.

Grundbedürfnis Energie

Angesichts der Preisentwicklung mahnte Kern: „Die Versorgung mit Energie ist ein elementares Grundbedürfnis. Deshalb muss sichergestellt werden, dass auch Haushalte mit geringen Einkommen durch die Preisentwicklung nicht überfordert werden. Deshalb muss die Energiewende auf den Prüfstand. Ein erster Entlastungsschritt wäre, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Artikel des täglichen Bedarfs von sieben Prozent auch auf den Energieverbrauch von Privathaushalten anzuwenden.“ Weitere Ansatzpunkte wären eine verlässliche und mieterorientierte staatliche Förderung für die weitere energetische Modernisierung von Wohnungen, keine Energiepreissubventionen zu Lasten der Mieterinnen und Mieter sowie eine durchsetzungsstarke Marktaufsicht auf Bundes- wie auf Landesebene. „Außerdem muss den Wohnungsunternehmen endlich die Erzeugung von erneuerbarer Energie ohne steuerliche Nachteile ermöglicht werden“, forderte Kern.

Siegfried Rehberg

